

SPD begrüßt Steinbrücks Plan zur Wiederherstellung der alten Pendlerpauschale

**SPD-Bundestagsfraktion 11.02.2009, PM 126
AG Finanzen**

Zu der heute von Bundesfinanzminister, Peer Steinbrück, angekündigten Gesetzesinitiative zur Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Ulrich Krüger:

Die SPD begrüßt die Gesetzesinitiative von Bundesfinanzminister, Peer Steinbrück, zur rückwirkenden und unbefristeten Wiederherstellung der alten Pendlerpauschale.

Die Gesetzesinitiative beinhaltet, dass die alte Pendlerpauschale von 30 Cent rückwirkend zum 1. Januar 2007 wieder für die gesamte Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte eingeführt wird. Über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus können auch höhere Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel steuerlich geltend gemacht werden. Außerdem ist vorgesehen, dass Steuerpflichtige, die aufgrund der geänderten Rechtslage keine Fahrtkosten beim Finanzamt angegeben haben, innerhalb einer einmonatigen Einspruchsfrist eine Änderung ihres Steuerbescheids beantragen können. Durch diese Regelung werden Benachteiligungen bei den Steuerpflichtigen vermieden, die sich nach der geänderten Rechtslage gerichtet haben.

Die SPD spricht sich für die vorgeschlagene gesetzliche Regelung zur Wiederherstellung der alten Pendlerpauschale aus und hofft, dass die Union die Initiative des Bundesfinanzministers ebenfalls unterstützt.

Quelle: www.spdfraktion.de